

China als größte Herausforderung

Ein Präsident Biden wäre vor allem mit der Pandemie und der Wirtschaftskrise in Amerika befasst. Was würde sich in der internationalen Politik ändern? *Von Majid Sattar, Washington*

FRZ 20.10.20

Vor vier Jahren waren die Dossiers darüber, wie sich eine Präsidentschaft Hillary Clinton außenpolitisch von Barack Obama unterscheiden würde, längst geschrieben. In den Außenministerien in Europas Hauptstädten, aber auch in Denkhäusern und Redaktionen rechnete man etwa damit, dass das ohnehin frostige amerikanisch-russische Verhältnis eine neue Eiszeit erleben würde. Donald Trump hatten die wenigsten auf der Rechnung.

Das Trauma von 2016 wirkt nach: Vier Jahre später wird der Umfragevorsprung Joe Bidens mit der gebotenen Vorsicht betrachtet. Die Demokopen sehen seinerzeit bekanntlich auch Clinton vorn. Dennoch muss sich die transatlantische Gemeinde mit der Frage befassen, inwieweit eine mögliche Biden-Präsidentschaft den Schäden einer Außenpolitik, die Trump

en doch „Nonsens“. Biden habe nie gesagt, die Vereinigten Staaten müssten wegen China nicht besorgt sein, wie Trump behauptete. Er habe vielmehr geäußert, wenn Amerika seine Kreativität, Innovation und Produktivität entfessele, dann müsse es sich wegen China keine Sorgen machen. Hartzel der hervorhebt, dass er nicht für die Biden-Kampagne spricht, sondern lediglich als alter Weggefährte, glaubt, Biden würde im Falle seiner Wahl zunächst einmal die alten Allianzen wiederbeleben und gemeinsam als Westen China gegenüberreten. „Unsere Stärke ist: Wir haben Verbündete. China hat keine“, sagt er. Trump, der Außenpolitik stets bilateral und geschäftlich zu betreiben versuche, habe das nie verstanden.

In Washington herrscht bei Republikanern und Demokraten Konsens darüber, dass China die größte strategische Herausforderung für Amerika darstellt. Diese Prämisse wurde von Trump nur überfrachtet mit einem erratischen Hin und Her in der Handelspolitik und zuletzt dem Versuch, Peking in der Corona-Krise für alles verantwortlich zu machen – auch für die Dinge, die der Präsident selbst vermasselt hat. Tony Blinken glaubt ebenfalls, dass Biden das Vakuum, das Trumps Führungsverweigerung geschaffen habe, füllen werde, indem Washington zunächst selbst eine Kurskorrektur vornimmt.

Blinken, der unter Barack Obama stellvertretender Außenminister und stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater war, ist derzeit Bidens außenpolitischer Berater. Beide kennen sich seit vielen Jahren: In Obamas erster Amtszeit war der 55 Jahre alte New Yorker Sicherheitsberater des Vizepräsidenten. Es verwundert nicht, dass er als möglicher Außenminister oder Sicherheitsberater eines Präsidenten Biden gilt. Blinken sagte dieser Tage dem Sender CNN, wenn Amerika seine eigenen Probleme löse, seine Demokratie erneue und wieder mit seinen Partnern zusammenarbeite, dann könne Washington Peking aus einer Position der Stärke heraus gegenüberreten. Wie sehe dem Trumps Bilanz gegenüber China aus? Er habe das amerikanische Bündnisystem geschwächt, ein Führungsvakuum geschaffen, Werte missachtet und China sowohl in Hongkong als auch gegenüber den Uiguren faktisch freie Hand gelassen.



Gute Beziehungen? Biden mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Peking im Dezember 2013

Photo Reuters

jüngst die Offerte Putins zurückwies, das Rüstungskontrollabkommen „New Start“, das im Februar ausläuft, zumindest für ein Jahr zu verlängern. Hartzel sagt, er könne sich vorstellen, dass Biden auf Putins Angebot eingehen würde. Es wäre eine vertrauensbildende Maßnahme, ein Versuch, eine weitere Eskalation zu verhindern – in einer Zeit, in der es in der Welt keinen Mangel an Großkrisen gibt.

Eine Region, in der Biden zumindest in Teilen auf Kontinuität setzen würde, ist der Mittlere Osten: Der Demokrat hat schon deutlich gemacht, dass er die Vertiefung der amerikanischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem nicht rückgängig machen würde. Auch hat er Trump kurzlich für das Zustandekommen des Friedensabkommens Israels mit den Vereinigten Arabischen Emiraten gelobt, wenn gleich er sich einen ironischen Unterton nicht verkneifen konnte. „Vorsehentlich“ habe der Präsident etwas Gutes hinzubekommen. Positiv sei auch, dass man Benjamin Netanyahu abgerungen habe, seine Annexpionspläne für Teile des Westjordanlandes zurück in die Schublade zu legen. Grundsätzlich würde eine Biden-Regierung aber wieder einen ausgewogenen Ansatz wählen und die Interessen der Palästinenser stärker berücksichtigen. Fakten geschaffen hat Trump zudem durch den Ausstieg aus dem Atomabkommen mit Iran. Ein einfaches Zurück zum alten

Vertrag wäre schwer, sagt Hartzel, zumal Teheran sich nicht mehr daran halte. Biden würde bei einem neuen Abkommen darauf achten, dass die nichtatomaren, ebenfalls gefährlichen Aktivitäten Irans, zumal die Unterstützung von Terroristen, stärkere Berücksichtigung fänden.

Dass man in Europa, vor allem in Berlin und Paris (in London eher nicht), aufatmen dürfte, wenn Biden am 20. Januar ins Weiße Haus einzüge, versteht sich. Westlichen Diplomaten ist aber klar, dass dann nicht alles wieder so sein kann wie früher – zumal Trump zumindest in Teilen nur Konflikte offenlegte, die längst bestanden. Anders würde sich im Wesentlichen der Ansatz: Washington würde wieder multilateral denken und handeln. Ausdruck finden würde dies zuerst darin, dass Amerika wieder dem Pariser Klimaabkommen beiträte. Nicht zu unterschätzen ist allerdings, dass Biden im Falle einer Abwahl Trumps die veränderte innenpolitische Debatte in Betracht ziehen muss: „America first“ ohne den schroffen Tonfall Trumps lehnt auch mancher Demokrat nicht ab. Die Konsequenz wäre, dass Biden neuerlichen Anläufen für transatlantische und -pazifische Freihandelsabkommen keine Priorität geben dürfte. Auch sollte niemand in Berlin glauben, ein Präsident Biden könnte es sich in-nepolitisch leisten, beim Thema Nato-Lastenausgleich allzu großzügig zu sein.

Mit Biden zöge ein Präsident ins Weiße Haus, der zwar über ein dezidiert außenpolitisches Profil verfügt, den gleichwohl die Lage zwingen würde, sich zunächst um Amerika zu kümmern. Über die Jahre Bidens als Senator im Auswärtigen Ausschuss gibt es in Washington im Übrigen unterschiedliche Sichtweisen. Vom frühen Verteidigungsminister Robert Gates, dem Republikaner im Kabinett Obama, stammt der Satz: Biden habe „über vier Jahrzehnte in allen wesentlichen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik daneben gelegen.“

Tatsächlich muss sich der frühere Vizepräsident im Wahlkampf bisweilen dafür rechtfertigen, warum er 1990 gegen den (völkerrechtlich unumstrittenen) ersten Golfkrieg war, 2003 aber für den zweiten Waffengang gegen das Regime von Saddam Hussein. Ausgegraben werden auch alle Geschichten über seine Haltung zur Geheimoperation gegen Usama bin Ladin, die zumindest zögerlich, wenn nicht sogar ablehnend war. Biden redet lieber über seine Rolle während der Balkankriege, bei denen er rückblickend auf der richtigen Seite der Geschichte steht. Freilich wäre es für die Verbündeten in Europa ein Stück weit zurückgewonnene Normalität, wenn man mit Washington wieder über die Sinnhaftigkeit außenpolitischer Aktionen diskutieren könnte, anstatt über Twitter von ihnen zu erfahren.

DIE VEREINIGTEN STATEN WÄHLEN

zuletzt als „Führung durch Stärke“ bezeichnete, beheben kann. Versuche westlicher Diplomaten, mit Bidens Leuten in Kontakt zu treten, gestalten sich als schwierig. Als Konsequenz aus der Russland-Affäre führten Demokraten, die offiziell zum Wahlkampfteam und zum Beraterstab des Kandidaten zählen, eine Verzögerung durch die Republikaner. Und da diese bekanntlich kaum noch zwischen Verbündeten und Nichtverbündeten unterscheiden, trifft dies auch westliche Diplomaten. So verschwimmen in der Trump-Ära die Grenzen zwischen normaler Kon-taktpflege und Auskundschaftungen.

Trump Russland-Affäre war in Wahrheit ein unübersichtlicher Komplex, der von Geschäftsinteressen, aus denen militärische Abhängigkeiten folgten, bis hin zum – später widerlegten – Vorwurf reichte, Moskau sei im Besitz von kompromittierenden Informationen über den Präsidenten. Könnte China für Biden das werden, was Russland für Trump war? Könnte der vom Amtsinhaber erhobene Vorwurf, unter einem Präsidenten Biden werde die China Affäre „bestenfalls“, es dem Demokraten unmöglich machen, auf Peking zuzugehen? Aus Sicht Trumps ist Biden nicht nur mit dafür verantwortlich, dass Peking Washington über Jahre handelspolitisch überfordert habe. Immer wieder wird auch insinuiert, der Demokrat könnte aufgrund der Geschäftstätigkeit seines Sohnes Hunter in China erpressbar sein. Der Wahlkampf hat angesichts der Pandemie und der Wirtschaftskrise einen innerpolitischen Fokus. Geht es einmal um Außenpolitik, kommt es schnell zum Wettbewerb darüber, wer von den beiden China gegenüber stärker aufträte.

Michael Hartzel glaubt nicht, dass einem Präsidenten Biden Peking gegenüber die Hände gebunden wären. Der frühere außenpolitische Berater des Demokraten in dessen Zeit als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Senat sagt im Gespräch mit der F.A.Z., die Vorwürfe sei-

BIDEN LIEBT VON TRUMP

Umfragen zu anstehenden Präsidentschaftswahl



HAAREN MEER TWEETS

Zahl der Tweets und Retweets von Donald Trump in Japan (in Millionen)



Der Kampf ums Weiße Haus

In einer Woche wird Amerikas Präsident gewählt. Die Bilanz von Donald Trump ist durchgewachsen. In den Umfragen liegt er zurück. Das war 2016 auch so. *Von Dyt Schaff und Felix Brocker (Grafik)*

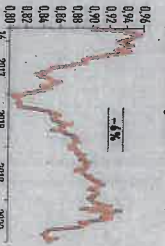


GELD & MEHR 29

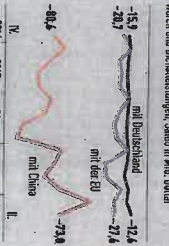
TRUMPS MISSIS CORONA-MANAGEMENT



DER DOLLAR HAT VERLOREN



DIE HANDELSBLANZ BLEIBT NEGATIV



CORONA BELASTET DEN ARBEITSMARKT



WENIG WIRTSCHAFTSWACHSTUM



DIE AKTIEN PROFITIEREN

